



☰ Menü

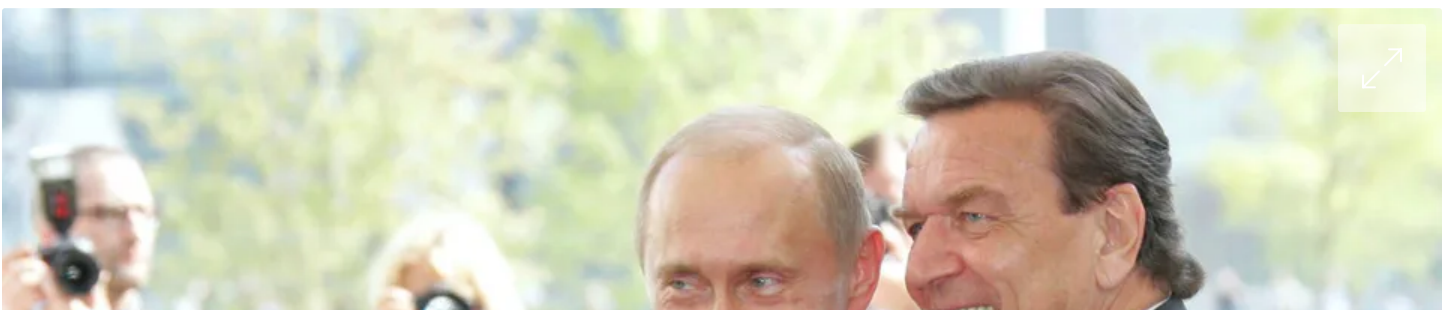
Politik > Russland > Deutsche Russland-Politik: Was lief schief? Ex-Regierungsberater F

**Ex-Regierungsberater über Russlandpolitik****S+ »Putin war so nervös, dass seine Wangenmuskeln zitterten«**

Was lief schief in Deutschlands Ostpolitik? Rolf Nikel hat für die Regierungen von Kohl, Schröder und Merkel gearbeitet. Hier schildert er Erfahrungen mit Russlands Präsident Putin – und drängt auf eine strukturierte Aufarbeitung.

Ein Interview von **Klaus Wiegrefe**

07.09.2023, 08.53 Uhr

S+ Artikel zum Hören • 12 Min Anhören



Wladimir Putin und der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder 2005 in Berlin Foto: ITAR-TASS / IMAGO

SPIEGEL: Herr Nickel, Sie haben im Kanzleramt für [Helmut Kohl](#) (CDU), [Gerhard Schröder](#) (SPD) und [Angela Merkel](#) (CDU) gearbeitet. Nun fordern Sie eine Enquetekommission des Bundestages, um die Russlandpolitik der vergangenen Jahrzehnte aufzuarbeiten. Was werfen Sie Ihren einstigen Chefs vor?

Nickel: Ich möchte meine Rolle nicht überbewerten. Schon gar nicht geht es mir um individuelle Schuldzuweisung, aber wir stehen vor einem der größten außenpolitischen Scherbenhaufen seit Gründung der Republik. Ziel der deutschen Außenpolitik war immer ein friedliches Miteinander in Europa, dafür wollten wir die Voraussetzungen schaffen. Doch nun hat Russland – eine Nuklearmacht – die Ukraine angegriffen. Wir sind gescheitert. Und wir erleben infolgedessen einen schwerwiegenden Vertrauens- und Glaubwürdigkeitsverlust bei unseren Verbündeten, vor allem in Mittelosteuropa, aber nicht nur dort. Wir müssen unsere Versäumnisse strukturiert aufarbeiten, übrigens nicht nur in der Politik.

Zur Person



Foto: Emmanuele Contini /
IMAGO

Rolf Nickel, Jahrgang 1954, arbeitete unter Helmut Kohl, Gerhard Schröder und Angela Merkel in der außen- und sicherheitspolitischen Abteilung des Kanzleramtes, zeitweise als stellvertretender Leiter. Von 2014 bis 2020 war der Top-Diplomat Botschafter in Warschau. In seinem Erinnerungsband »Feinde, Fremde, Freunde. Polen und die Deutschen« fordert er eine

Enquete-Kommission des Bundestages zur Aufarbeitung der deutschen Russlandpolitik. Nickel ist heute Vizepräsident der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik und des Deutschen Polen-Instituts.

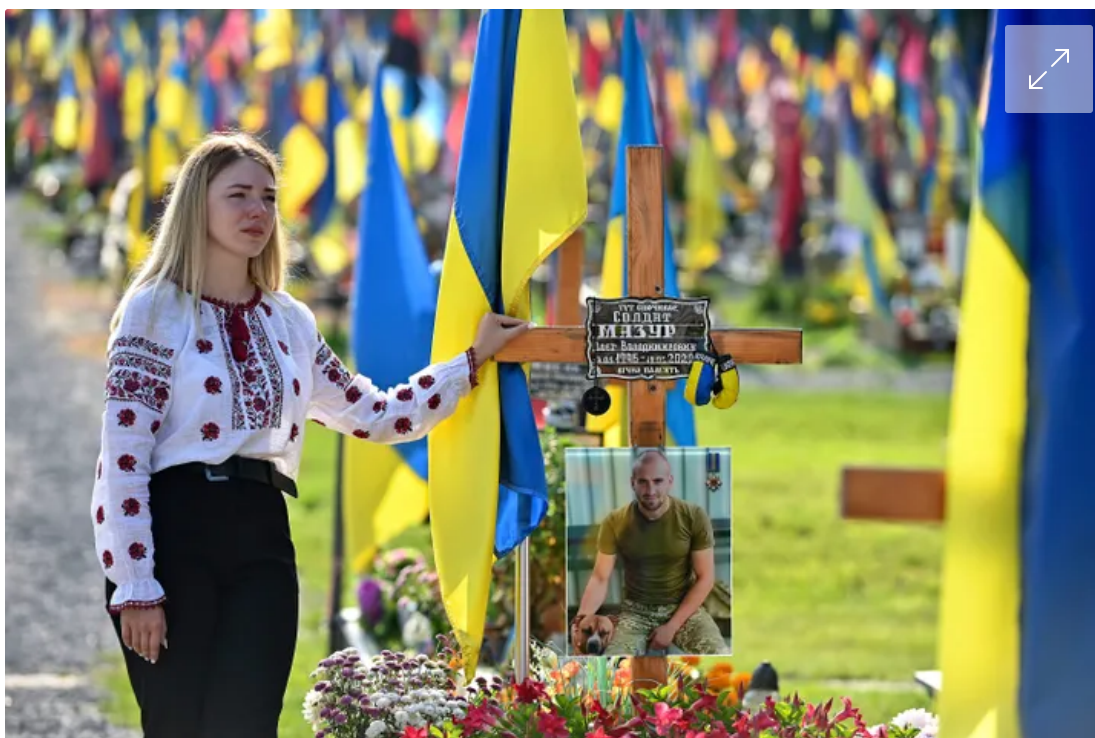
SPIEGEL: Was meinen Sie?

Nikel: Es war ein systemisches Versagen. Weite Kreise der deutschen Öffentlichkeit, der Medien, der Wirtschaft haben die Russlandpolitik mitgetragen. Wir müssen klären: Welche Prozesse haben stattgefunden? Zu welchen Konsequenzen haben sie geführt? Wie müssen wir den außenpolitischen Entscheidungsprozess verändern? Es hat in der Geschichte dieses Landes mehr als 30 Enquetekommissionen gegeben, eine beschäftigt sich gerade mit den »Lehren aus Afghanistan«. Wenn es in Afghanistan nicht gut gelaufen ist und der Bundestag eine Enquetekommission beruft, was gilt dann für die Russlandpolitik?

SPIEGEL: Wo sehen Sie die Versäumnisse?

Nikel: Wir hätten uns niemals in eine derartige Abhängigkeit von russischen Energielieferungen begeben dürfen. Mehr als 50 Prozent unseres Gases kamen aus Russland. Das russische Gas

war preiswert, galt im Vergleich zu Kohle und Öl als umweltschonend. Auch glaubten wir an eine doppelte Abhängigkeit: nicht nur wir von Russland, sondern zugleich Russland von seinen Märkten. Und dann wurde trotz der russischen Annexion der Krim und des Angriffs im Donbass 2014/15 auch noch Nord Stream 2 gestartet. Die zurückhaltende Politik Deutschlands und Frankreichs dürfte Putin in seiner Überzeugung bestärkt haben, dass er ein Eingreifen des Westens in der Ukraine nicht zu befürchten habe.



Kriegsopfer in der Ukraine: »Deutschland hat Putins Kriegskasse gefüllt« Foto: Anastasiia Smoliyenko / Ukrinform / IMAGO

SPIEGEL: War es ein Fehler von Merkel und Außenminister Frank-Walter Steinmeier, gemeinsam mit Frankreich in den **Minsker Vereinbarungen** **5+** einen Waffenstillstand zwischen der Ukraine und Russland zu vermitteln?

Nikel: Nein, die Bundesregierung hat versucht, einen Konflikt

einzuhegen, der zu einem großen Krieg zu eskalieren drohte. Und die ukrainische Führung hat klar signalisiert, dass sie für einen Krieg nicht gewappnet war. Man musste ihr Zeit geben, sich darauf vorzubereiten.

SPIEGEL: Es ist doch ein Mythos, dass Merkel die Minsker Vereinbarungen vermittelte, um eine Aufrüstung der Ukraine zu ermöglichen.

Nikel: Ein Mythos ist es nicht, aber wir haben uns dann nicht an der Aufrüstung beteiligt. Und in der Energiepolitik haben wir nicht nur die Versorgungssicherheit sträflich vernachlässigt, sondern zudem Putins Willen unterschätzt, Energie als Waffe einzusetzen.



Merkel, Putin in Berlin im September 2005 Foto: Thomas Koehler / photothek / IMAGO

SPIEGEL: Die Bundesrepublik hat ihre Energieabhängigkeit rasch beendet und ist – nach den USA – zum wichtigsten

Unterstützer der Ukraine geworden. Insoweit ist Putins Strategie nicht aufgegangen.

Nikel: Das ist so. Es ist ein großer Erfolg der Bundesregierung, die russischen Gaseinfuhren beendet zu haben, ohne dass es zu Versorgungsengpässen kam. Aber die wirtschaftlichen Kosten dafür sind hoch. Erst stiegen die Gaspreise, und infolgedessen stieg die Inflation. Putin kann als Erfolg verbuchen, dass die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Russland seine Kriegskasse gefüllt hat, was heute dazu beiträgt, dass die Sanktionen nicht so wirken, wie wir uns das vorgestellt haben.

SPIEGEL: Wer trägt die Verantwortung für das Versagen in der Energiepolitik?

Nikel: Das ist eine gemeinsame. Bis jetzt hat man allerdings nur von Politikern Selbstkritik gehört. Ein »mea culpa« aus der Wirtschaft habe ich noch nicht vernommen. Das wäre sicherlich angebracht.

SPIEGEL: Wenn es um die Energieabhängigkeit von Russland geht, ist schnell von der »Moskau-Connection« Gerhard Schröders die Rede. Haben Sie im Kanzleramt eine solche Connection beobachtet?

Mehr zum Thema

S+ **Neue Geheimdokumente freigegeben:
Helmut Kohl und seine Rücksicht auf Russland**

Von Klaus Wiegrefe

S+ **Wie sich die Deutschen von Russland abhängig machten: Wir Gas-Junkies**

Nikel: Wer glaubt, die deutsche Russlandpolitik mit Korruption erklären zu können, geht fehl. Natürlich gibt es immer Kontakte zwischen Wirtschaft und Politik, es wäre weltfremd anzunehmen, Unternehmen würden nicht versuchen, ihre Interessen durchzusetzen. Eine Regierung ist auch dazu da, die Wirtschaft möglichst zu unterstützen. Wir haben bei Regierungsgesprächen mit Russland selbstverständlich häufig Vertreter der Unternehmen dabeigehabt. Aber das ist bei Macron oder Biden genauso. Zur Wahrheit gehört ja, dass selbst Staaten in Mitteleuropa mit Gazprom nicht weniger Handel getrieben haben als Deutschland. Warschau etwa hat in den vergangenen Jahrzehnten beträchtliche Summen für Gas, Kohle und Öl nach Russland überwiesen. Ich habe jedenfalls keine Anzeichen von Korruption während meiner Zeit im Kanzleramt erlebt.

SPIEGEL: Was sind andere Kritikpunkte?

Nikel: Wir waren naiv und viel zu optimistisch in unseren Annahmen. Wir glaubten, die negative Entwicklung in der russischen Innenpolitik von der wirtschaftlichen Kooperation trennen und die russische Politik beeinflussen zu können.

SPIEGEL: Sozialdemokraten wie Steinmeier setzten auf »Wandel durch Verflechtung«, Merkel übernahm von Schröder die Formel von der »strategischen Partnerschaft«.

Nikel: Es gab verschiedene Bezeichnungen, aber so groß waren die Unterschiede nicht. Ich habe ja die Übergänge erlebt.

Russlandpolitik war immer Chefsache. Und im Kern ging es darum, Moskau einzubinden in eine europäische Sicherheitsarchitektur und in eine vorteilhafte wirtschaftliche Zusammenarbeit.

SPIEGEL: Dann irrten Kohl, Schröder, Merkel in gleicher Weise?

Nikel: Das lässt sich so nicht bemessen. Woran wollen Sie das festmachen? Geschichte ist grundsätzlich offen. Und natürlich stellte sich die Situation kurz nach der deutschen Einheit 1990, als die damalige Sowjetunion eine konstruktive Haltung eingenommen hat, anders dar als bei den russischen Kriegen in Tschetschenien, in Georgien 2008 oder im ukrainischen Donbass 2014. Wir haben es zudem in Russland mit einem intransparenten System zu tun, bei dem es unterschiedliche Gruppierungen gab, und welche sich am Ende durchsetzen würde, das war nicht von Anfang an klar.

SPIEGEL: Zum Beispiel?

Nikel: Schauen Sie sich die Oligarchen in den Neunzigerjahren an, die Wirtschaftsliberalen, die Silowiki – also die Sicherheitskräfte – und dann Putin. Da jetzt zu sagen, Kohl, Schröder oder Merkel trage eine größere Verantwortung als die jeweils anderen beiden, führt zu nichts. Noch mal: Es war ein systemisches Versagen, nicht nur in der Politik.

Jelzin, Kohl in Bonn 1998 Foto: Hermann J. Knippertz / IMAGO

SPIEGEL: Manche Historiker finden, schon zu Zeiten von [Boris Jelzin](#), also zwischen 1991 und 1999, seien die Weichen falsch gestellt worden.

Nikel: Es drohte eine Rückkehr der Kommunisten an die Macht. Natürlich haben wir Jelzin unterstützt, er war unser Mann. Doch Jelzin hat 1993 das Parlament beschießen lassen, als ein Verfassungskonflikt zwischen ihm und seinen Widersachern eskalierte. Und sein Sieg bei den Präsidentenwahlen 1996 ist – um es vorsichtig zu formulieren – unter nicht ganz geklärten Umständen zustande gekommen. Man hätte schon damals sagen können und vielleicht auch müssen, da wird keine Demokratie aufgebaut, sondern wir leisten Beihilfe beim Aufbau einer Rohstoffökonomie auf der Grundlage von oligarchischen Strukturen. Dass es zu einer autokratischen Herrschaft kommen würde, war jedenfalls für mich damals nicht absehbar.

»Wir haben es versäumt, in alternativen Szenarien zu denken.«

SPIEGEL: Was ist Ihr nächster Kritikpunkt?

Nikel: Wir haben einem falschen Credo angehangen: Sicherheit sei nicht gegen, sondern nur mit Moskau erreichbar. Das war wohl die größte sicherheitspolitische Lebenslüge der vergangenen Jahrzehnte. Ich habe das auch geglaubt.

SPIEGEL: Merkel sagt, ihre Versuche, den Frieden zu bewahren, seien nicht deshalb falsch gewesen, weil Putin am Ende angegriffen hat.

Nikel: Das Problem war nicht der Versuch, mit Russland unter schwierigen Bedingungen klarzukommen, sondern zu glauben, wir könnten kooperative Sicherheit isoliert betrachten. Dabei ist die deutsche Ostpolitik im Kalten Krieg immer auf der Grundlage gesicherter Verteidigungsfähigkeit gedacht worden. 1963 gaben wir 5,2 Prozent der Wirtschaftsleistung für Verteidigung aus, selbst im Jahr des Mauerfalls 1989 waren es noch 2,7 Prozent. Und 2015 dann nur noch 1,2 Prozent. Wir haben es versäumt, in alternativen Szenarien zu denken. Wir haben die Möglichkeit einer Entwicklung zu einer Autokratie nach innen und einer aggressiven Außenpolitik nicht ausreichend bedacht. Das wäre auch eine Lehre für die Zukunft: Wir müssen szenarienbasiertes Denken lernen, also verschiedene Entwicklungsmöglichkeiten in den Blick nehmen.

SPIEGEL: Wie erklären Sie

ANZEIGE

dieses Defizit?

Nikel: Wir haben uns lange mit dem Interessenbegriff schwergetan in der deutschen Außenpolitik. Und wenn man keine Interessen definiert, kann man auch keine Strategie entwickeln. Wir sind ja erst vor 30 Jahren souverän geworden, in Zeiten der deutschen Teilung haben wir uns auf die Alliierten verlassen. Jedenfalls unterscheiden wir uns in dieser Hinsicht vom angelsächsischen Raum, wo der Austausch zwischen Thinktanks und Regierungen deutlich stärker ist als bei uns.

SPIEGEL: Hätten denn höhere Verteidigungsetats der Bundesrepublik überhaupt etwas geändert?

Nikel: Putin glaubt, der Westen sei schwach und dekadent und man müsse nur den längeren Atem haben. Ein früheres Hochfahren der Etats hätte ein Zeichen gesetzt. Deshalb ist es auch so wichtig, dass wir jetzt in unseren verteidigungspolitischen Bemühungen nicht nachlassen.


SPIEGEL: Die Sowjetunion war eine militärische Supermacht,



Rolf Nickel
Feinde Fremde
Freunde - Polen und die Deutschen


Verlag: Langen-Müller

Seitenzahl: 288

Für 24,00 € kaufen 

Bei Amazon bestellen 

Bei Thalia bestellen 

Bei Yourbook bestellen 

Produktbesprechungen erfolgen rein redaktionell und unabhängig. Über die sogenannten Affiliate-Links oben erhalten wir beim Kauf in der Regel eine Provision vom Händler. [Mehr Informationen dazu hier](#)

Russland hingegen ist dem Westen militärisch und wirtschaftlich unterlegen gewesen.

Nikel: Natürlich ist Russland nicht die Sowjetunion, aber es ist eine nuklear gerüstete Großmacht. Und wie wir gerade erleben, setzt Putin auf atomare Drohungen. Gleichzeitig haben wir eine Erosion der Rüstungskontrollarchitektur. Wie gehen wir jetzt damit um, dass etwa im Kaliningrader Gebiet Raketen stationiert sind, die man mit Atomsprengköpfen bestücken kann und die in fünf Minuten in Berlin sind?

SPIEGEL: Sie halten eine Bedrohung der Nato für real?

Nikel: Nicht heute oder morgen, aber viel wird davon abhängen, wie der Krieg ausgeht. Wenn die Ukraine verliert, dann steigt die Gefahr einer direkten militärischen Auseinandersetzung zwischen Russland und dem Westen.

»Es gab immer wieder entschuldigende Erklärungen für das russische Verhalten.«

SPIEGEL: Manche westlichen Politiker und Diplomaten, die Putin in den ersten Jahren seiner Präsidentschaft getroffen haben, sagen, sie könnten sein Handeln heute nicht mit der Person zusammenbringen, der sie einst begegnet sind. Wie ist das bei Ihnen?

Nikel: Das geht mir auch so. Ich erinnere noch Putins ersten Besuch bei Schröder. Als zuständiger Referatsleiter im

Kanzleramt hatte ich den Besuch vorbereitet und führte das Protokoll. Putin war so nervös, dass seine Wangenmuskeln zitterten. Nach dem Abendessen sank er dem Kanzler geradezu erleichtert in die Arme. Seitdem hat es auf russischer Seite eine Radikalisierung gegeben, erst rhetorisch, dann auch im Handeln.

SPIEGEL: Ab wann war erkennbar, dass Putins Weg in den Abgrund führt?

Nikel: Ich finde es schwierig, einen Kipppunkt zu benennen. Es gab immer wieder entschuldigende Erklärungen für das russische Verhalten. Bei Georgien 2008 etwa erfolgte der Angriff zunächst von der georgischen Seite, wie eine internationale Untersuchungskommission festgestellt hat. Putin hat das dann ausgenutzt. Die Annexion der Krim und der Angriff auf den Donbass haben dann zu ersten zaghafte Sanktionen geführt. Dennoch waren am 24. Februar 2022 viele überrascht, als Russland die Ukraine überfiel. Außenministerin [Annalena Baerbock](#) hat gesagt, wir seien am 24. Februar in einer neuen Welt aufgewacht. Man könnte auch sagen: Wir sind aus einem Traum erwacht.

*Anmerkung der Redaktion: In einer früheren Version des Artikels hieß es, der Ukrainekrieg habe am 24. Februar 2021 begonnen. Ein Tippfehler: Russland hat die Ukraine 2022 überfallen. **S***

[Feedback](#)

Mehr lesen über

Russland

Russlands Krieg gegen die Ukraine

Verwandte Artikel

- S+
Bedrohung der Ukraine: Was das Minsker Abkommen ist – und welche Chancen es bietet
🔖

Kostenlose Online-Spiele

[mehr Spiele](#)

**dvents-
alender**

**Kreuzworträt-
sel**

Solitär

Sudoku

Mahjong

**Bubble-
Shooter**

Serviceangebote von SPIEGEL-Partnern

Gutscheine

ANZEIGE

Mister Spex Gutscheine

Lampenwelt Gutscheine

Conrad Gutscheine

BELViNi Gutscheine

[Top Gutscheine](#) [Alle Shops](#)

Auto

Bußgeldrechner
Firmenwagenrechner

Job

Brutto-Netto-Rechner
Jobsuche
Kurzarbeitergeld-Rechner
Studienfächer erklärt

Finanzen

Gehaltsvergleich
Immobilienbewertung
Studium und Finanzen
Versicherungen
Währungsrechner

Freizeit

Adventskalender
Bücher bestellen
Eurojackpot

Ferientermine
GlücksSpirale
Gutscheine

LOTTO Gaus49
Seniorenportal
Spiele

Streaming Guide
Das tägliche Quiz

Alle Magazine des SPIEGEL

[DER SPIEGEL](#)

[SPIEGEL CHRONIK](#)

[SPIEGEL EDITION](#)

[SPIEGEL SPEZIAL](#)

SPIEGEL Gruppe

[Abo](#) [Abo kündigen](#) [Shop](#) [manager magazin](#) [Harvard Business manager](#) [buchreport](#) [Werbung](#) [Jobs](#)
[MANUFAKTUR](#) [SPIEGEL Akademie](#) [SPIEGEL Ed](#)

[Impressum](#) [Datenschutz](#) [Nutzungsbedingungen](#) [Teilnahmebedingungen](#) [Cookies & Tracking](#)
[Newsletter](#) [Kontakt](#) [Hilfe](#) [Text- & Nutzungsrechte](#)



Facebook



Instagram



Wo Sie uns noch folgen können